

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 13. Februar 2017

EDU-Reaktion zu den Abstimmungsergebnissen vom 12. Februar 2017

Die Schweiz braucht eine klare Identität und gesunde Finanzen

Erleichterte Einbürgerung: die Bundesverwaltung muss ihre Verantwortung ernst nehmen.

Die EDU bedauert den Verlust des Mitbestimmungsrechts von Kantonen und Gemeinden in der Einbürgerung von Personen der sogenannten dritten Ausländergeneration. Die zukünftig alleine zuständige Bundesverwaltung hat ihre Aufgabe der Prüfung der Dossiers verantwortungsvoll auszuführen, obwohl sie weit weg vom konkreten Geschehen ist. Der neue Aufwand zur glaubhaften Dokumentation der Aufenthaltszeiten und entsprechenden Bewilligungen der ersten und zweiten Generation war in der Abstimmungsbroschüre leider mit Erfolg verschwiegen worden. So oder so sind Schweizer Bürger gefordert, ihre politische Verantwortung mit Weitsicht für den Erhalt der Schweiz und eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft wahrzunehmen.

Das Ja zum NAF fordert den Schweizer Finanzhaushalt heraus.

Der Traum der unbeschränkten Mobilität hat einmal mehr an der Urne gesiegt. Die EDU fordert nun Bundesrat und Parlament auf, nicht weitere Bundesbereiche von der Schuldenbremse auszuklammern. Die dem durch diesen Volksentscheid neu geschaffenen NAF zur Verfügung stehenden Finanzen müssen effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden, um die Verkehrsinfrastruktur zugunsten von Bevölkerung, heimischer Wirtschaft und Umwelt zu optimieren. Wegen der dem Bund für andere Bereiche fehlenden Finanzen müssen Bundesstrukturen effizienter ausgerichtet werden.

Nein zur USR III – Steuergerechtigkeit und Arbeitsplätze sind zu fördern.

Die EDU fordert Bundesrat und Parlament auf, eine neue Vorlage zur Unternehmenssteuer zu erarbeiten, welche sowohl dem Anliegen der Steuergerechtigkeit als auch der Wirtschaftsförderung und damit dem Schutz der Schweizer Arbeitsplätze dient. Nur wenn das Parlament beide Aspekte zusammenhalten kann, wird eine tragfähige Steuerpolitik möglich, die auch vor den Bürgern verantwortet werden kann. Vergangene Steuerreformen lehren uns aber auch, dass Unternehmenssteuersenkungen mittelfristig nicht zu Steuerverlusten führen müssen und deshalb nicht in jedem Fall als unsozial denunziert werden müssen.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96
Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40